



07.02.2021

Wie geht es weiter? - Kitas und Schulen im Blickpunkt der Öffentlichkeit

Erstellt von Michael Schrader

In der vergangenen Woche rückte neben der Kritik an der Impfstrategie, und wie diese verbessert werden kann, die Frage in den Mittelpunkt, ob und in welchem Umfang es ab dem 15.02.2021 zu Lockerungen kommen kann. Darüber müssen sich am kommenden Mittwoch (10.02.2021) die Länderchefinnen und -chefs in Abstimmung mit Bundeskanzlerin Angela Merkel zu einem (mehr oder weniger) bundeseinheitlichen Perspektivplan verständigen oder doch wieder länderspezifisch ausgerichtete Konzepte auf den Weg bringen. Einig scheint sich die Politik im Vorfeld dieser Entscheidungen allerdings darüber zu sein, dass die Wiederöffnung von Kitas und Schulen eine hohe Priorität hat. Hierzu im Folgenden einige Informationen, Überlegungen und Anregungen.

Recht auf Gesundheit und Recht auf Bildung

Es geht an dieser Stelle nicht darum, einzelne Bevölkerungsgruppen gegeneinander auszuspielen, sondern einige Fakten ins Bewusstsein zu heben. Wenn wir Kitas und Schulen schließen, steht dabei nicht der Gesundheitsschutz der Kinder und Schüler*innen im Vordergrund: „Alte und vorerkrankte Menschen blicken zu Recht sorgenvoll auf die hohe Zahl an intensivpflichtigen Patienten in Krankenhäusern und fragen sich, wie ihr Körper auf das Virus reagieren würde. Gesunde Kinder hingegen sind durch eine Infektion selbst kaum bedroht. Die Gefahr für einen schwereren Verlauf einer Sars-CoV-2-Infektion mit erforderlicher Aufnahme in ein Krankenhaus ist bei Kindern extrem gering. Nach bisherigem Wissen ändern die neu nachgewiesenen Virusmutationen daran nichts.“ (Hendrik Jünger, Chefarzt der Klinik für Kinderheilkunde, Jugendmedizin und Neonatologie am Klinikum Kempten, Klinikverbund Allgäu in Süddeutsche Zeitung [SZ] vom 31./31.01.2021) Da viele Kinder und Schüler*innen ohne Symptome an Corona erkranken, ist das Risiko deutlich vorhanden, dass sie andere Menschen - zu denen auch ältere (z.B. Großeltern) oder vorerkrankte Personen gehören können - in ihrem oder über ihr häusliches Umfeld infizieren können. Diese Risiken gilt es zu minimieren. Dazu weiter unten, vorher einen

Perspektivwechsel

auf die Auswirkungen von Kita- und Schulschließungen auf die davon Betroffenen: „Schulen und Kitas sind für Kinder `systemrelevant´ ... (Sie sind) nicht nur ein Ort der Ausbildung, sie (sind) ein großer Teil des Lebens und essenziell für die psychosoziale Entwicklung.“ (Ebd., siehe auch den [Blogbeitrag vom 29.04.2020](#)) In den letzten zwei Wochen mehren sich in den Medien die Hinweise - die auch im letzten Jahr schon hin und wieder geäußert wurden (siehe beispielsweise [Blog vom 09.06.2020](#) und [Blog vom 10.10.2020](#) - auf Gefahren und Benachteiligungen, denen die Kinder und Schüler*innen ausgesetzt sind: „Jugendämter berichten von zunehmendem innerfamiliären Druck und der erhöhten Gefahr von Kindeswohlgefährdungen. Betroffen sind vor allem finanziell schwächere Familien..., in denen Kinder ohne Spielsachen oder Bücher auf engstem Raum zu Hause sind, den ganzen Tag. Nicht selten sind die Eltern auch deswegen mit der Situation überfordert, weil die Kinder zuvor ganztags in Gemeinschaftseinrichtungen `versorgt´ waren.“ (Ebd.) Ähnlich in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) vom 03.02.2021: „Psychotherapeuten warnen vor den Folgen der Pandemie für Kinder und auch Jugendliche. Weil Strukturen im Alltag fehlen und viele Eltern unter Druck stehen, drohen Probleme und Entwicklungsschäden“. Nina Aulmann, Diplom-Sozialpädagogin aus Siegen „erlebt Jugendliche, die keine Strukturen mehr kennen, die sich an keine Regeln mehr halten, die keine Leistungen mehr erbringen können oder wollen, die bis 6 Uhr morgens Computerspiele zocken und um 16 Uhr aufstehen.“ (ebd.) Der Vorsitzende des Psychotherapeutenverbandes NRW Bernhard Moos zur aktuellen Entwicklung: „Es gäbe (zwar) keine statistischen Erhebungen, aber aus seinem eigenen Alltag sowie aus Gesprächen mit Kollegen aus NRW und ganz Deutschland schwant ihm Böses: `Seit etwas Oktober, November sind die Patientenzahlen sprunghaft gestiegen. Und zwar in einer Art und Weise, die ich und alle, mit denen ich spreche, noch nicht erlebt haben. Es zeichnet sich ein alarmierendes Bild der Belastungen ab.´“ (Ebd.) Kindeswohlgefährdungen und psychische Erkrankungen sind in diesem Zusammenhang leider nur die `Spitze des Eisbergs`. Dazu kommt die eingeschränkte Bildungsentwicklung durch den Distanzunterricht bei den jüngeren Schüler*innen, die mit dieser Form des Unterrichts oft überfordert sind, und bei vielen älteren Schüler*innen aufgrund der vielfach immer noch unzureichenden digitalen Ausstattung vieler Schulen, fehlender digitaler Kompetenz bei einem Teil des Lehrpersonals und auch Schüler*innen aus benachteiligten Familien, die nach wie vor über keine digitalen Geräte verfügen.

Schlussfolgerungen und Abwägungen

Wie kann man mit einer solchen Situation umgehen und dabei sowohl den Corona-Risikogruppen als auch den Kindern

und Schüler*innen (und deren Familien) gerecht werden? Meiner Meinung liegt die Lösung in der Entwicklung Umsetzung von passgenauen Konzepten, die auf die jeweilige Bevölkerungsgruppe zugeschnitten sind und sowohl das Recht auf Gesundheit als auch das Recht auf Bildung berücksichtigen. **Konkret:** Bei den **alten Menschen** und den **Risikogruppen** haben wir begonnen diese zu impfen. Dies gilt auch für die Pflegekräfte, die mit diesen arbeiten. Den Alten- und Pflegeheimen stehen Schnelltests zur Verfügung, um den Zugang von coronainfizierten Personen auszuschließen. Leider sind viele Pflegeheime mit der Durchsetzung der Schnelltests durch die schlechte Personalausstattung überfordert. Hier können Angehörige der Bundeswehr Abhilfe schaffen. Der größere Teil der alten Menschen und auch der jüngeren Risikogruppen lebt nach wie vor in einer Wohnung. Hier gilt es weitere Schutzmaßnahmen umzusetzen: „Hierzu könnten beispielsweise gehören: Taxitickets zum ÖPNV-Preis, Einkaufszeiten nur für diese Zielgruppen, Einkaufsdienste durch Studierende, FFP2-Masken kostenlos, Schnelltests für Angehörige usw.“ ([Blog vom 22.11.2020](#) "vulnerable Gruppen"). In der Stadt Tübingen werden diese Maßnahmen seit Oktober letzten Jahres erfolgreich umgesetzt und somit die Kontakte zwischen alten Menschen und Risikogruppen einerseits und andern Bevölkerungsgruppen deutlich reduziert, z.B. im ÖPNV und beim Einkaufen. Zumindest sind in den letzten Tagen durch die Bundesregierung schon mal Gutscheine für FFP2-Masken an die über 60-Jährigen ausgegeben worden. Hier gilt es weiter dran zu bleiben. Wenn diese Maßnahmen dann noch ergänzt werden durch die Selbstdisziplin der Betroffenen, Kontakte zu Kindern und Jugendlichen nur zulassen, wenn diese negativ getestet sind, sind die Infektionsrisiken deutlich reduziert. **Parallel** dazu bietet es sich im ersten Schritt an, den **Kitas** und den **Schulen** eine **flexible** und auf die jeweilige Situation vor Ort hin **passgenau ausgerichtete Teilöffnung** zu ermöglichen und gleichzeitig den Infektionsschutz in diesen Einrichtungen deutlich zu verbessern. Hierfür liegen sich drei Ansatzpunkte nahe, die wir für die Kitas schon im [Blog vom 24.01.2021](#) vorgestellt haben und die sich eins-zu-eins auf die Schulen übertragen lassen:

- „frühere Impftermine für die Erzieher*innen: Gleichstellung mit dem Pflegepersonal.
- Ausstattung aller Kita-Mitarbeiter*innen mit FFP2-Masken.
- Ausstattung der Kitas mit Schnelltests zur täglichen Nutzung.“

Die aktuelle Ausgangssituation der Notbetreuung in den Kitas und Schulen (siehe hierzu den [Blog vom 07.02.2021](#)) und die offensichtliche Bereitschaft von NRW Bildungsministerin Gebauer, in Zukunft flexible Wechselmodelle von Präsenz- und Distanzunterricht in den Schulen zuzulassen, sollte zeitnah durch die Politik um die benannten drei Maßnahmen zur Verbesserung des Infektionsschutzes ergänzt werden. Das wäre der Einstieg in **DAS für die jeweilige Kita und Schule passende KONZEPT** (siehe: Unübersichtliche Gemengelage als Chance?)